

# Landesregierung hofft auf Akzeptanz durch Abstand

Ohne Windkraft wird es schwierig mit der Energiewende. Firmen, die Windräder aufstellen, stecken schon jetzt in der Krise. Im nordrhein-westfälischen Landtag wirft die Opposition der schwarz-gelben Koalition vor, den Windsektor abzuwürgen.

Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Einige stören sich am Schattenschlag, manche am Lärm oder einfach an der Optik – mittlerweile haben sich überall in Deutschland Hunderte Bürgerinitiativen gegründet, um gegen den Ausbau der Windenergieanlagen vorzugehen. Die geplante Abstandsregelung von einem Kilometer verschärft die Krise der eh schon gebeutelten Windkraftbranche.

Der Ausbau der Windenergie ist in diesem Jahr kaum vorangekommen. Zu den Hauptgründen gehören lange Genehmigungsverfahren, zu wenig ausgewiesene Flächen und zahlreiche Anwohnerklagen. Wenn die Energiewende aber gelingen soll, ist die Windkraft gerade auf die Bereitschaft in den ländlichen Regionen angewiesen.

Während die geplante Abstandsregelung zu Wohnsied-

lungen, die Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) aufgeworfen hat, in einigen Ländern auf Kritik stößt, findet der Vorschlag die Zustimmung der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Wenn der Bund Mindestabstände für Windenergieanlagen einführen will, „um die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, begrüßen wir das sehr“, erklärt NRW-Wirtschafts- und Energieminister Andreas Pinkwart. Nach Meinung des FDP-Politikers sollten die Bundesländer aber je nach Siedlungsdichte und geografischen Gegebenheiten selbstständig Abstandsregelungen treffen.

Die Grünen werfen der schwarz-gelben Landesregierung vor, die Windkraft abzuwürgen. Die Windenergie trägt landesweit den größten Anteil zu den Erneuerbaren bei, „das Potenzial ist allerdings bisher nur gering ausgeschöpft“, kri-

tisiert Fachsprecherin Wibke Brems. 2016 habe die Zubaurate noch bei nahezu 1.500 Windrädern gelegen, 2017 sei sie dann eingebrochen. „In den vergangenen zweieinhalb Jahren seit dem Regierungswechsel sind zusammengerechnet nicht einmal tausend neue Anlagen gebaut worden.“

Kritik äußert auch die SPD-Landtagsfraktion. Sie lehnt die geplanten Abstandsregelungen rigoros ab, weil „ein Verlust von verfügbarer Windkraftfläche von bis zu 50 Prozent droht“, sagt der energiepolitische Sprecher, Frank Sundermann. „Der ohnehin schon völlig eingebrochene

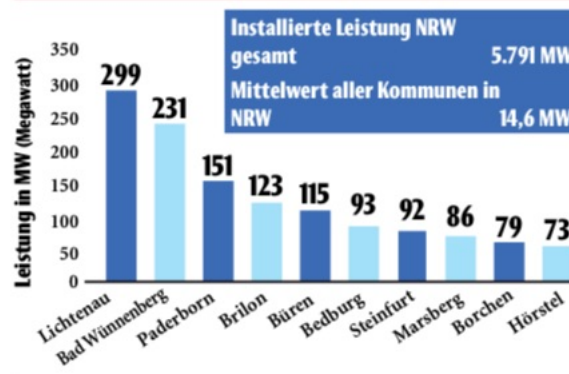
Windkraftausbau wird damit auf Dauer stranguliert.“ Sundermann findet es „fatal für den Industriestandort NRW, dass CDU und FDP die Windkraft auf allen Ebenen bekämpfen“. Zumal schon jetzt fast 20.000 Arbeitsplätze in der Branche bedroht seien.

Zuletzt hat der Windkraftanlagenbauer Enercon angekündigt, 3.000 Stellen in Deutschland zu streichen. Lobbygruppen zeigen sich empört. „Sobald es um das langfristige Schicksal von Kohlekumpels geht, läuten bei den politischen Verantwortlichen alle Alarmglocken, wenn auch nur ein einziger Arbeitsplatz in Frage gestellt wird“, schimpft Reiner Priggen, Vorsitzender des Landesverbandes Erneuerbare Energien NRW (LEE NRW). „Verlieren hingegen innerhalb von nur drei Jahren mehr als 40.000 Menschen ihren Job im Windsektor, schweigt die Politik.“

In der CDU wartet man derzeit auf eine Einigung in Berlin ab. Die Düsseldorfer Koalition setzt vor allem auf Repowering, die Erneuerung durch Windräder mit einem höheren Wirkungsgrad, sowie kommunale Planungshoheit, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher Henning Rehbaum: „Wir brauchen substanzialen Raum für die Windenergie.“

Die AfD lehnt starre Abstandsregelungen ab. Sie werde den unterschiedlichen Gegebenheiten nicht gerecht, schreibt der energiepolitische Sprecher Christian Loose in einer knappen Stellungnahme. Der FDP-Fachsprecher Dietmar Brockes verweist auf den Koalitionsvertrag. In NRW gelte derzeit ein „planerischer Vorsorgeabstand von 1.500 Metern zur Wohnbebauung, um die Akzeptanz der Bürger für die Windkraft zu erhalten“. Die FDP wolle, dass die Energiewende ein Erfolg wird.

## Windenergie: Top 10 Kommunen



GRAFIK: NW

QUELLE: STATISTA